

## **A n t r a g**

der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Steuerliche Gleichbehandlung von Ehen und Eingetragenen Lebenspartnerschaften**

I. Der Landtag stellt fest:

- Partnerinnen und Partner in Ehen und in Eingetragenen Lebenspartnerschaften übernehmen füreinander rechtliche Pflichten gleicher Intensität.
- Das Steuerrecht berücksichtigt bislang diese Pflichtenübernahme für Eingetragene Lebenspartnerschaften nicht in gleicher Weise wie für Ehen.
- In der Konsequenz der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist diese Ungleichbehandlung insbesondere auch im Einkommensteuerrecht nicht gerechtfertigt.
- Die Exklusivität des Ehegattensplittings hat sich in der ursprünglich angedachten Form überholt. Die steuerliche und direkte Förderung von Familien sollte demnach weiterentwickelt werden, damit sie die Vielfalt familiären Zusammenlebens berücksichtigt.

II. Der Landtag begrüßt,

- dass im Nachgang der bisherigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur steuerlichen Behandlung der Eingetragenen Lebenspartnerschaften sich ein Konsens über die steuerliche Gleichbehandlung Eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe abzeichnet,
- dass quer durch alle politischen Lager eine breite Diskussion zur Priorisierung und höheren Wirksamkeit der Familienförderung und Gleichstellung von Männern und Frauen begonnen hat,
- dass das Land Rheinland-Pfalz mit der Dienstrechtsreform 2012 bereits vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die Gewährung des Familienzuschlags auch für Beamtinnen und Beamte, die in Eingetragenen Lebenspartnerschaften leben, rückwirkend zum 1. August 2001 umgesetzt hat und
- dass der Bundesrat in seiner 899. Sitzung am 6. Juli 2012 die Bundesregierung aufgefordert hat, im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2013 die Rechtsgrundlage für die steuerrechtliche Gleichstellung von Eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe zu schaffen.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene weiter dafür einzusetzen, dass Ehen und Eingetragene Lebenspartnerschaften steuerlich gleich behandelt werden.

Für die Fraktion  
der SPD:  
Barbara Schleicher-Rothmund

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Nils Wiechmann

